Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 6

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Menschenrechte der Eingeborenen

Naturvölker — ein Problem für die Vereinten Nationen

Wenn die Schweizer Bürger in diesem Jahr ihre Feiern zum 700jährigen Bestehen der Eidgenossenschaft zelebrieren, werden sie sich (hoffentlich) ausgelassener als sonst mit ihrer Geschichte beschäftigen — all den kritischen Presse-Kommentaren zum Trotz, wo einer an sich selbst zutiefst zweifelnden Schweiz das Wort geredet wird bei der Suche nach einem probaten Platz im grösser werdenden Europa. Feuerwerk, Ansprachen und Lieder, viel Musik zusammen mit dem üblichen Rummel, sorgen sicher auch in Genf für Stimmung — das ja nach gängiger Meinung als quasi eigenständige politische Enklave gar kein Bestandteil der Schweiz sei. Doch auch diese Ansicht kritischer Geister hat wohl mehr mit Spekulationen als mit tatsächlichen Gegebenheiten zu tun.

Wie dem auch sei: mit Genf verbinden den Berichterstatter mehrere Aufenthalte sowie ein spezielles Aha-Erlebnis vor zwei Jahren, als er nach getaner Arbeit im Palais des Nations auf dem Rückweg ins Hotel am Place du Cirque über das Areal der Promenade des Bastions wandern will und mitten in den Trubel zur feierlichen Erinnerung an die Gründung der Eidgenossenschaft hineingerät. Im Gepäck all die Dokumente und Arbeits-Materialien der *«working group on indigenous populations»* (einer Untergruppe der UNO-Kommission für Menschenrechte), im Kopf die endlosen Debatten bei der Suche nach einer verbrieften und verfassten Charta der Allgemeinen Rechte der eingeborenen Völker dieser Welt — und hier, parallel, und doch unbemerkt voneinander, die Feiern für eine Völker-Gemeinschaft, die Kultur- und Sprachen-Autonomie praktiziert, seit 1848 durch eine Bundesverfassung im friedfertigen Nebeneinander mit weitreichender Selbstverwaltung lebt: mehr als einmal das Vorbild für ein geeintes Europa genannt! Warum — so die selbstgestellte Frage — wissen beide Gruppen nichts voneinander! Vielleicht aber ist ja in diesem Jahr 1991 ein Kontakt zur *«working group on indigenous populations»* bei ihrer neunten Genfer Sitzung möglich, oder gar offiziell eingeplant, um die Vorteile der Einen mit den Nachteilen und Hoffnungen der Anderen kritisch zu hinterfragen?

Das Projekt, um das es hier geht, wird bei der UNO in Genf im englischen Original als *«Universal Declaration on the Rights of Indigenous Peoples»* geführt. Die oben gegebene Deutung als Charta der Allgemeinen Rechte eingeborener Stämme und Völker, obzwar sie das trifft, was die Vertreter eben dieser Eingeborenen in Genf fordern, geht nicht nur über den tatsächlichen Inhalt hinaus, der im englischen Terminus zum Ausdruck kommt, sondern eilt der Zeit etwas optimistisch voraus.

Ein grundsätzlicher Unterschied in der Interpretation bestimmter Begriffe mitsamt dem (ideellen) Inhalt

beherrscht die *«working group»* sowie die über-geordneten UN-Kommissionen seit nunmehr 14 Jahren. Tatsächlich sind in diesem Jahr 1991 seit 1977 14 Jahre vergangen: seitdem müssen sich die Vereinten Nationen ganz direkt mit den Forderungen und Hoffnungen dieser Eingeborenen beschäftigen. 1977 nimmt zum ersten Mal in der Geschichte der Organisation der Vereinten Nationen *«eine solch... umfangreiche Vertretung eingeborener Nationen und Völker... an einer derartigen Konferenz»* teil. Repräsentanten von etwa 60 Nationen und Völkern aus 15 Ländern des gesamten amerikanischen Kontinents sind als pan-indianische Delegation ins Palais des Nations gekommen — *«vom äussersten Norden bis zur Südspitze, vom fernen Westen bis zum Osten»*. So dokumentiert den Einbruch einer neuen Herausforderung die damalige Schlussresolution. Ob der Motive dieser Eingeborenen in Genf gab's allerdings schon zu Beginn Verwirrung: nicht nur Schlagzeilen glaubten *«Die Wilden auf dem Kriegspfad»*.

Dabei hat das ganze Unternehmen mit einer Friedens-Zeremonie der Indianer begonnen —, und mit einem Gebet eröffnete ein Dakota mit Namen Larry Red Skirt, aus Pine Ridge im US-Bundesstaat South Dakota, das UNO-Prozedere, das 1981 durch Beschluss der UNO-Unterkommission zur Verhütung von Diskriminierung und für Minderheiten-Schutz zur Schaffung dieser *«Arbeitsgruppe für eingeborene Bevölkerungsgruppen»* führt. Von der Menschenrechts-Kommission wird dieser Entscheid mit Resolution 1982/19 bestätigt und ebenso vom Wirtschafts- und Sozialrat per Resolution 1982/34 genehmigt.

Diese Arbeitsgruppe trifft sich seit 1982 jährlich in Genf, um — wie es offiziell heisst — *«Entwicklungen mit Bezug zur Förderung und Sicherung der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten eingeborener Völker zu überprüfen...»*, alle angeforderten *«... Materialien zu analysieren und Schlussfolgerungen an die Unterkommission weiterzureichen...»* sowie eine *«... besondere Aufmerksamkeit der Entwicklung von Standards zu geben, die die Rechte eingeborener Völker betreffen, unter Berücksichtigung der Gleichartigkeit als auch von Unterschieden in der realen Lebenslage wie der Hoffnungen der eingeborenen Völker weltweit»*.

In acht Sitzungen hat die Arbeitsgruppe einen *«ersten überarbeiteten Text zum Entwurf einer Universalen Deklaration der Rechte der eingeborenen Völker»* vorgelegt (E/CN.4/Sub.2/1989/33) sowie einen sehr engagierten Kommentar vom *«Chairman/Rapporteur: Ms. Erica-Irene A. Daes»* veröffentlicht (E/CN.4/Sub.2/1990/39). Wenn tatsächlich alles nach Plan verläuft, könnte im kommenden Jahr in Genf das Ergebnis vorliegen, um dann den Weg durch alle Instanzen der UNO zu durchlaufen bis hin zur endgültigen Annahme in der Generalversammlung der Organisation der Vereinten Nationen im Glaspalast von New York. Und passen würde so eine Deklaration schon ins Jahr 1992 als dem Jahr der feierlichen Erinnerung an die Entdeckung einer Neuen Welt durch den Seefahrer Christopher Kolumbus — als ernst gemeinte Abbitte für 500 Jahre Kolonial-Terror und Mord und Ausbeutung, womit die eingeborenen Stämme und Völker weltweit verfolgt worden sind.

Doch ebenso wenig, wie die UNO dem Antrag stattgeben wollte, 1992 zum Internationalen Jahr der Eingeborenen zu erklären, wird wohl auch die

«Universale Deklaration der Rechte der eingeborenen Völker» fertig vorgelegt werden können. Immerhin, schreibt Erica Daes in ihrem Report, bleiben drei Einleitungs-Paragraphen (von insgesamt 12) sowie 20 Artikel (von insgesamt 31) offen für weitere Diskussion und sorgsame Erarbeitung — der Rest *«may indeed be widely acceptable»*, wie der Chairman/Rapporteur notiert. Das soll positiv motivieren — doch um die wirklichen Knackpunkte schleichen die Kontrahenten herum wie die berühmte Katze um den heissen Brei.

Zur Debatte stehen politische Souveränität, kulturelle Autonomie, das Recht der einzelnen contra-Gruppen-/Kollektiv-Rechte, anerkannte Grenzen sowie der Zugang zu und Besitz an den Bodenschätzen im Land der Eingeborenen. Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, sollten alle wichtigen Spezialprobleme besprochen werden (Interessierte finden Details in Heft 2/1989 der Vierteljahreshefte für Politik und Kultur — *«liberal»* — auf den Seiten 68—75); konzentrieren wir uns auf die entscheidende Frage: Werden die Vertreter der Staaten, die die Nachfolger von Christopher Kolumbus in Amerika, Afrika, Asien und Australien sind, diesmal über den eigenen Schatten springen und die souveränen Rechte der Nachkommen der eingeborenen (indigenous bzw. aboriginal) Stämme, Völker und Kulturen innerhalb ihrer Staatsgrenzen um des globalen Friedens willen akzeptieren, garantieren und respektieren?

Böse Erfahrungen mit diesem Thema haben die Delegierten eingeborener Völker in Genf schon vor zwei Jahren erlebt, als es um eben diese essentielle Frage ging — und um den grundsätzlichen Unterschied in der Interpretation bestimmter Begriffe mitsamt dem (idellen) Inhalt. Die Internationale Arbeitsorganisation als wichtiges Mitglied der UNO-Familie diskutierte und verabschiedete 1988/1989 eine *«Teilrevision»* des als antiquiert empfundenen Übereinkommens Nr. 107 über *«den Schutz und die Eingliederung eingeborener Bevölkerungsgruppen und anderer in Stämmen lebender oder stammesähnlicher Bevölkerungsgruppen in unabhängigen Ländern»* aus dem Jahre 1957 als neue ILO-Konvention Nr. 169 mit dem Titel *«Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern»*. Keine forcierte Assimilation mehr, so das neue Credo, und Anerkennung als Völker — damit hätten die Delegierten der Eingeborenen leben können. Doch ein Absatz 3 von Artikel 1 der ILO-Konvention Nr. 169 eliminierte jede Hoffnung:

«Die Verwendung des Ausdrucks Völker in diesem Übereinkommen darf nicht so ausgelegt werden, als hätte er irgendwelche Folgen bezüglich der Rechte, die aufgrund des Völkerrechts mit diesem Ausdruck verbunden sein können.»

Das war und ist ein Schlag ins Gesicht aller Eingeborenen. Was bei der ILO-Konvention einer UNO-Untergruppe trotz aller Proteste und politischen Bedenken noch hingenommen werden kann (muss), darf sich bei der Formulierung einer *«Universalen Deklaration der Rechte der eingeborenen Völker»* als UNO-Dokument allerdings nicht wiederholen. Nicht nur die Indianer-Völker auf dem amerikanischen Kontinent, nicht nur die Aboriginals in Australien und dem Pazifik oder die diversen *«tribal peoples»* in Indien —, sondern auch die Basken, Kurden oder Tibeter, all die Völker und

Kultur-Gemeinschaften in Russland, auf dem Balkan, in Afrika oder dem Orient werden erst dann wirklich zur Ruhe kommen können, wenn sie als souveräne Völker innerhalb der globalen Menschen-Gemeinschaft als Teil so benannter *«unabhängiger Staaten»* anerkannt sein werden.

Das setzt allerdings eine *«neue Weltordnung»* voraus, von der im Auftrag der *«working group»* (bisher) nicht die Rede ist. Im Gegenteil: im Report der 6. Sitzung dieser *«working group on indigenous populations»* (E/CN.4/Sub.2/1988/24/Add.1 — page 2) an die UNO-Unterkommission zur Verhütung von Diskriminierung und für Minderheiten-Schutz bestätigt Chairman/Rapporteur Ms. Erica-Irene A. Daes folgende Richtlinie:

«... the Commission requested the Special Rapporteur to give particular attention, in preparing the outline, to... the need to develop innovative and future-oriented approaches to relationships between indigenous populations and Governments taking into account the socio-economis realities of States and the inviolability of their sovereignty and territorial integrity.»

Die geforderte Unverletzlichkeit der Souveränität der so benannten *«unabhängigen Staaten»* sowie die Unantastbarkeit ihrer territorialen Ausdehnung sind, wie gehabt, von den betroffenen Staaten als Bollwerk gegen jede Anerkennung der eingeborenen Völker in ihrer Eigenart in gesicherten Grenzen mit Rechten und Pflichten konstruiert. Es sieht alles danach aus, als sollte das koloniale Denken weiterhin eine dem globalen Frieden dienende Lösung verhindern.

Einer Lösung näher kommen wir nur, wenn auf der politischen Ebene gesunder Menschenverstand auch Lehren aus dem Krieg am Golf zieht und mit einer wirklich neuen Ordnung für Entspannung sorgt; Einzelinteressen gibt es dabei nicht mehr. Es geht um das Überleben der Menschheit. Hilfreich auf dem Weg zur Realisierung dieses Zieles wäre der Umbau der politischen Ebene unter der Führung der UNO. Um das fundamentalistische Muss zum Töten zu beseitigen, um den Kampf Auge um Auge, Zahn um Zahn zu beenden, um diesen gordischen Knoten zu lösen, der das Herz des Menschen umschliesst und zu erdrücken droht, brauchen wir allerdings wesentlich mehr Mut. *«Da Kriege im Geist der Menschen entstehen»*, so heisst es in der Verfassung der UNESCO — der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur —, müssten *«auch die Bollwerke des Friedens im Geist der Menschen errichtet werden»*. Wir sind dabei nicht ohne Erfolg und auf dem richtigen Weg durch den Wegfall von Mauern, die Beendigung des Kalten Krieges in Europa und die fortschreitende Eliminierung der Apartheid-Praxis — und haben dennoch Angst vor der ganzen Konsequenz, zaudern bei der konsequenten Umsetzung und neigen dazu, Rückschläge durch Ungeduld zu vergrössern.

Ein Friede, wenn er erhalten bleiben soll, so sagt die UNESCO-Verfassung ebenfalls, muss *«auf der Grundlage der geistigen und moralischen Verbundenheit der Menschheit errichtet werden»*. Der UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar hat in seiner Ansprache anlässlich des 40. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte u.a. mit Blick auf die globale Verwirklichung eben dieser Menschenrechte davon gesprochen, dass dringend *«das Bewusstsein für diese Rechte... zu einem wesentlichen*

Bestandteil des politischen Ethos einer Gesellschaft» werden müsse.

Jeder kennt die Differenz zwischen dem Anspruch hehrer Worte und Wahrheiten sowie der globalen Realität. Tatsächlich genügt der Hinweis auf die allgemeinen Menschenrechte, die ja Einzelrechte sind, allein nicht — was ergänzend fehlt, ist die Beachtung der Rechte der Völker und Kulturen. Versuche einer Lösung dieses Problems in den zwanziger Jahren durch den Völkerbund in Genf scheiterten kläglich. Egoismus und falsch verstandene Souveränitäts-Rechte von Nationalstaaten waren dafür mitverantwortlich und führten in einen monströsen Weltkrieg. Die Welle der Entkolonisierung dieser Welt hat inzwischen viele starre Fronten aufgebrochen; mit Macht hat diese Welle auch den eurasischen und asiatischen Raum erreicht, bringt für den Balkan neue Hoffnungen und — oh Wunder — macht auch vor letzten Verkrustungen in Europa keinen Halt: indem z.B. die französische Republik *«der historischen und lebenden kulturellen Gemeinschaft, welche das korsische Volk... bildet, die Rechte zur Wahrung seiner kulturellen Identität und zur Verteidigung seiner besonderen wirtschaftlichen und sozialen Rechte»* garantiert. (Inzwischen ist diese Formulierung leider für nicht verfassungskonform erklärt worden. Anm. d. Red.)

«Nicht souveräne Staaten, sondern souveräne Völker werden den Bau Europas vollenden» —, so erklärte der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungs-Erklärung vom 1. September 1989 anlässlich des 50. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen. Und es werden souveräne Völker sein in einer neuen globalen politischen Ordnung, die der Welt zu mehr Frieden und zu mehr sozialer Gerechtigkeit verhelfen —, souveräne Völker, die kulturelle Autonomie garantieren und die allgemeinen Menschenrechte achten. Weltweit werden Grenzen neu geordnet oder überflüssig, werden Nationalstaaten und Grossmachtdenken gesundgeschrumpft: Kooperation und Offenheit treten auf globaler United Nations Ebene an ihre Stelle.

Auf der Basis einer föderalistisch gegliederten Welt, die ja in Teilbereichen durch internationale Pakte sowie Nationen und Länder übergreifende Allianzen bereits strukturell vorhanden ist, erhält die UNO ihre volle Funktion als Clearing-Stelle für eine Weltinnenpolitik der Zukunft. Die neue politische Ordnung wird dabei auf einer Gliederung beruhen, die unterhalb der UNO und oberhalb der föderalistisch strukturierten Völker- und Kultur-Gemeinschaften kontinentale Vertretungen ergibt: Nord-Amerika, Süd-Amerika, Europa, Eurasien, Arabien, Afrika, Indien, Asien sowie der Pazifik inklusive Japan. Und um nur zwei Beispiele zu nennen, werden dann die föderalistisch strukturierten, vereinigten Staaten von Nord-Amerika die Bundesstaaten der USA und Kanadas umfassen ebenso wie die souveränen indianischen Völker, bzw. werden die föderalistisch strukturierten, vereinigten Staaten von Europa den Basken gleiche Souveränität in ihren kulturellen Grenzen zugestehen wie den Tschechen, Slowaken oder Albanern.

Eine derart verfasste *«Universal Declaration on the Rights of Indigenous Peoples»* wäre also das Pendant zu der das Individuum fördernden *«Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte»*. Von einer UNO und die sie tragenden unabhängigen Staaten diese Weitsicht zu fordern, ist legitim — wenn

auch, wie bereits notiert, der Zeit (vielleicht) um einiges voraus. Hat doch die UNO soeben beim Krieg am Golf deutlich versagt und sich nationalstaatlichen sowie egoistisch wirtschaftlichen Interessen gebeugt. Doch wie auch hier aus den Fehlern neue Chancen zur Stärkung der Organisation der Vereinten Nationen erwachsen können, so steht zu hoffen, dass die Delegierten der eingeborenen Völker im Rahmen der *«working group on indigenous populations»* mit ihren Forderungen und weitsichtigen Perspektiven die UNO davor bewahren werden, eine historische Chance zu verspielen. Dabei müssen allerdings die Vertreter der unabhängigen Staaten über ihre Schatten springen und den guten Entwurf für die Deklaration der Rechte der eingeborenen Völker nicht bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln. Die kommenden Sitzungen der *«working group»* werden zeigen, von welcher neuen Weltordnung die Herrschenden in der Politik wirklich reden.

Gert Hensel

Die Zypernfrage zwischen Hoffnung und Skepsis

Bemühungen um Überwindung des Immobilismus

Seit Wochen ist in Nikosia, Athen und Ankara immer wieder davon die Rede, dass die Zypernfrage nach einer langen Periode der Erstarrung der Fronten in Bewegung geraten sei. Gleichzeitig wird allerdings in den politischen und diplomatischen Kreisen vor übertriebenem Optimismus gewarnt. Sieht man näher zu, so erkennt man in der Tat bestimmte Anzeichen der Mobilität, nimmt aber zugleich wahr, dass die Regelung des Zypernproblems nach wie vor auf grosse Hindernisse stösst.

Ende März 1991 machte UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vor dem Sicherheitsrat in New York Ausführungen, welche den Eindruck erweckten, es bestehe die Chance für eine Einigung der Konfliktparteien, das heisst der Griechisch- und der Türkischzyprioten, schon in einigen Monaten. Pérez sprach allerdings von der Möglichkeit eines Konsenses in den Grundzügen, also nicht in allen Streitpunkten. Unter der Voraussetzung, dass die Kontrahenten die «günstige Stunde» nutzen und ihren Beitrag zu einer Regelung leisten würden, erklärte sich der Generalsekretär bereit, den Präsidenten der Republik Zypern, Giorgos Vasiliou, und den Führer der türkischzypriotischen Volksgemeinschaft, Rauf Denktasch, zu einem neuen Treffen einzuladen. Die Darlegungen Pérez de Cuéllars vor dem Sicherheitsrat trugen den Charakter eines vorläufigen mündlichen Berichtes. Einen schriftlichen Lagebericht über die Zypernfrage wird der Generalsekretär dem Sicherheitsrat später vorlegen. Falls es bis Anfang Juli dieses Jahres nicht zu einem Konsens in den Grundzügen käme, sollte der Rat laut Anregung von Pérez de Cuéllar eine Überprüfung der gesamten Situation vornehmen und weitere Massnahmen erwägen.

Der mündliche Bericht des UNO-Generalsekretärs erfolgte ein Jahr nach dem Scheitern der vom 26. Februar bis zum 2. März 1990 unter seiner Ägide in New York durchgeführten Gespräche Vasilious und Denktaschs. Der ambitiöse Türkischzypriot wollte dabei seine Zwei-Völker-Doktrin durchsetzen — eine Doktrin, die sämtlichen UNO-Resolutionen über die Zypernfrage eindeutig widerspricht. Laut Denktasch stellen die Griechisch- und die Türkischzyprioten zwei verschiedene Völker dar, also nicht lediglich zwei Gemeinschaften (communities) innerhalb desselben Volkes. Was Denktasch durch seine juristische Konstruktion bezweckt, ist klar: die rechtliche Sanktionierung seines Sezessionismus mittels der Anerkennung eines separaten Selbstbestimmungsrechtes der Inseltürken.

Denktaschs nationalistischer Sezessionismus

In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass Rauf Denktasch seit Jahrzehnten einen Kurs verfolgt, der deutliche separatistische Züge aufweist. Der nationalistische Sezessionismus Denktaschs verzeichnete freilich nicht zuletzt wegen schwerwiegender Fehler und Unterlassungen der griechischen und der griechischzypriotischen Seite Erfolge[1]. Der verbrecherische Putsch des Diktators Dimitrios Ioannidis gegen den legalen Präsidenten des Inselstaates, Erzbischof Makarios, lieferte im Sommer 1974 der Türkei den willkommenen Vorwand, eine Invasionsarmee nach Zypern zu entsenden und fast 40 Prozent des zypriotischen Territoriums zu besetzen. Seither ist die Insel faktisch zweigeteilt. 1975 liess Denktasch den «Türkischen Föderativstaat von Zypern» einseitig ausrufen. Und am 15. November 1983 ging der Führer der Inseltürken noch einen Schritt weiter und proklamierte einen «Vollstaat», die *«Türkische Republik Nordzypern»*.

Um die Tragweite der Zwei-Völker-Doktrin Denktaschs zu ermessen, muss man eine türkischzypriotische Resolution heranziehen, die im Juni 1983, also wenige Monate vor der Ausrufung der *«Türkischen Republik Nordzypern»*, verabschiedet wurde. Unter Ziffer 4 dieser *«Resolution betreffend Selbstbestimmung der türkischen Bevölkerung Zyperns»* war zu lesen: *«Das türkische Volk Zyperns hat das unveräusserliche Recht auf Selbstbestimmung. Dieses Recht kann nicht auf irgendeine Art und Weise aufgehoben werden.»* Die türkischzypriotische Proklamation enthielt Ausführungen, in welchen Richtiges mit Unrichtigem vermengt wurde. Zu Recht wurde zum Bespiel auf Aktivitäten der griechischen Seite (EOKA, Staatsstreich gegen Makarios) hingewiesen, die — milde ausgedrückt — nicht gerade geeignet waren, bei den Inseltürken den Sinn für eine gemeinsame zypriotische Heimat zu stärken. Es gab Partien im türkischzypriotischen Dokument, die Ausdruck der Frustration waren.

Vollständig fehlte allerdings eine selbstkritische Analyse. Am schwerwiegenden Problem der Schaffung vollendeter Tatsachen durch Waffengewalt gingen die Verfasser der Resolution vorbei. Vielmehr waren sie sichtlich bestrebt, durch unstichhaltige Argumente den durch die türkische Invasionsarmee geschaffenen faktischen Zustand, der dem Rechtsempfinden der Weltöffentlichkeit krass widerspricht, unter Anrufung des Selbstbestimmungsrechtes zu «rechtfertigen».

Die türkischzypriotische Führung blieb in ihrem Papier die Antwort schuldig, warum eine zahlenmässig schwächere Volksgruppe das «Recht» haben sollte, mit Unterstützung der Okkupationsarmee Ankaras der viermal grösseren griechischzypriotischen Volksgemeinschaft ihre territorialen und institutionellen Vorstellungen über den Status der Insel zu diktieren.

Gegensteuer der UNO

In der Resolution 541 vom 18. November 1983 verurteilte der UNO-Sicherheitsrat die Ausrufung der *«Türkischen Republik Nordzypern»* als illegal. Der Sicherheitsrat berief sich unter anderem auf die am 13. Mai 1983 verabschiedete Resolution der UNO-Generalversammlung. Jene Resolution verlangte den unverzüglichen Abzug aller ausländischen Besatzungstruppen von der Republik Zypern. Nach Ansicht des Sicherheitsrates war der Sezessisonsakt der Türkischzyprioten (das Wort Sezession wurde im Text der Resolution benützt) mit dem Vertrag über die Schaffung der Inselrepublik und mit dem Garantievertrag, also überhaupt mit dem 1959 in Zürich und London vereinbarten Status, unvereinbar. Der Sicherheitsrat forderte die Rückgängigmachung der Unabhängigkeitserklärung vom 15. November 1983 und rief alle Staaten auf, keinen andern zypriotischen Staat als die Republik Zypern zu anerkennen. Er äusserte ausserdem die Auffassung, dass der Versuch der Schaffung einer *«Türkischen Republik Nordzypern»* zur Verschlechterung der Lage auf der Insel beitragen werde.

Schon vor der Verabschiedung der Entschliessung vom 18. November 1983 hatte der in New York anwesende Türkischzypriot Rauf Denktasch in Erwartung der Verurteilung seines Coups durch die Vereinten Nationen erklärt, seine «Regierung» werde die Resolution ignorieren. Sie sei moralisch und rechtlich ohne Bedeutung und auch nicht durchsetzbar. Der Sicherheitsrat könne einem Volk, das sein Selbstbestimmungsrecht zum Ausdruck gebracht habe, dieses nicht entziehen. Die aussenpolitische Aufwertung, die sich Denktasch von seinem Sezessionscoup vom 15. November 1983 erhoffte, trat allerdings nicht ein. Sein «Staat» wurde nur vom türkischen «Mutterland» anerkannt. Selbst Länder, die den türkischzypriotischen Separatismus nicht expressis verbis verurteilten bzw. die mit einer gewissen Sympathie der Sache der Inseltürken begegneten, schritten nicht zur Anerkennung der *«Türkischen Republik Nordzypern»*. In Erklärungen internationaler Gremien (Europäische Gemeinschaft, Europarat, Commonwealth-Konferenz u. a.) wurde und wird dem Griechischzyprioten Spyros Kyprianou bzw. seinem Nachfolger Giorgos Vasiliou attestiert, das legale Staatsoberhaupt Gesamtzyperns zu sein.

Die Zwei-Völker-Doktrin Denktaschs wurde vom UNO-Sicherheitsrat in der Resolution 649 vom 12. März 1990 erneut abgelehnt. Auch Pérez de Cuéllar stellte in seinem erwähnten mündlichen Zypernbericht vor dem Sicherheitsrat klar, dass nur von zwei Volksgemeinschaften gesprochen werden dürfe. Deshalb müsse ein allfälliges Arrangement auf der Grundlage der Schaffung einer bizonalen und bikommunalen Föderation beruhen und die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Zyperns gewährleisten. Am 15. April 1991 fand in Wa-

shington ein Treffen Denktaschs mit dem amerikanischen Aussenminister James Baker statt. Die Begegnung wurde als Zeichen dafür interpretiert, dass die amerikanische Administration zurzeit, im Vergleich zu früher, stärkere Anstrengungen zur Regelung der Zypernfrage und zur Beseitigung der griechisch-türkischen Gegensätze unternehme. Die Unterredung Bakers mit Denktasch war allerdings von sehr kurzer Dauer, was bestimmte griechische und griechischzypriotische Blätter veranlasste, sarkastisch von einem blossen Händedruck zu sprechen.

Im Vorfeld des Golfkrieges

Die Ankündigung des Treffens Baker/Denktasch hatte einen Teil der Öffentlichkeit in Athen und in Nikosia alarmiert. Man befürchtete eine «Aufwertung» Denktaschs. Diese Befürchtung erwies sich indes als gegenstandslos. Die Sprecherin des amerikanischen Aussenministeriums, Margaret Tutwiler, erklärte, dass Denktasch von Baker privat als Führer der türkischen Volksgemeinschaft empfangen worden sei, also nicht als Präsident der 1983 einseitig ausgerufenen *«Türkischen Republik Nordzypern»*. Washington, fügte Frau Tutwiler hinzu, verurteile die faktische Teilung der Insel und anerkenne nur die Regierung Vasiliou. Es gebe keinen türkischzypriotischen Staat und könne auch keinen solchen geben. Das Treffen Baker/Denktasch war laut gut informierten Kreisen während der vor einiger Zeit erfolgten offiziellen Visite des türkischen Staatspräsidenten Turgut Özal in den USA zwischen ihm und Präsident George Bush vereinbart worden. Das Arrangement stellte eine Konzession Washingtons gegenüber Ankara mit Blick auf die positive Rolle der Türkei während des Golfkrieges dar. Washington wollte und konnte aber nicht soweit gehen, den eigenmächtig ausgerufenen «Staat» Denktaschs diplomatisch aufzuwerten.

Zwei Tage nach dem Treffen Denktaschs mit Baker trat der zypriotische Staatschef Vasiliou eine offizielle Visite in Athen an. Er besprach mit seinem griechischen Amtskollegen Konstantinos Karamanlis und mit Ministerpräsident Kostas Mitsotakis die Zypernfrage. Kurz zuvor hatte Vasiliou in London Gespräche mit dem britischen Premier John Major geführt. Grossbritannien gehörte 1959, nebst Griechenland und der Türkei, zu den Signatarstaaten der Vereinbarungen betreffend Schaffung der Inselrepublik. Vasiliou erklärte sich mit dem Ergebnis seines Treffens mit Major zufrieden. Hinsichtlich der Chancen für einen Durchbruch in der Zypernfrage äusserte sich Vasiliou sehr zurückhaltend. Der Schlüssel liege bei der türkischen Regierung, sagte er. Er spielte damit darauf an, dass letztlich Ankara die Möglichkeit hat, auf Denktasch einzuwirken und ihn zur Konzessionsbereitschaft zu bewegen. Diese Auffassung scheint, wenn auch unausgesprochen, Pérez de Cuéllar zu teilen. In seinem Bericht vor dem Sicherheitsrat hob der Generalsekretär hervor, dass seine Vermittlungsbemühungen auch durch Kontakte mit einem führenden Beamten des türkischen Aussenministeriums unterstützt worden seien. Diese offizielle Mitwirkung Ankaras stellt in der Tat ein interessantes Novum dar.

Bemühungen der EG zur Beilegung des Zwistes

Parallel zu den Bemühungen der UNO und Washington um eine Lösung

des Zypernproblems finden auch Anstrengungen der Europäischen Gemeinschaft zur Beilegung des griechisch-türkischen Zwistes statt. Im vergangenen März forderte das Europäische Parlament in einer einstimmig angenommenen Resolution die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten auf, sich für die «unmittelbare Anwendung der Zypernresolutionen der Organisation der Vereinten Nationen» einzusetzen. In der Resolution wurde unter anderem hervorgehoben, dass die Völkergemeinschaft in der Zypernfrage dieselbe Entschlossenheit an den Tag legen sollte, die sie im Fall von Kuwait gezeigt habe. Soweit akzeptierte das Europäische Parlament die von den Regierungen in Athen und Nikosia vertretene These, die im Sommer 1974 erfolgte türkische Invasion auf Zypern und die irakische Invasion in Kuwait seien hinsichtlich der Anwendung der betreffenden UNO-Resolutionen ähnlich zu behandeln. Der Einsatz des Europäischen Parlaments für die Wiederherstellung der territorialen Integrität der seit 1974 faktisch geteilten Inselrepublik stand offensichtlich im Zusammenhang mit der vorausgegangenen Zyperninitiative des luxemburgischen Aussenministers Poos. Luxemburg unternahm kurz nach Übernahme des EG-Präsidiums einen Vorstoss zur Intensivierung der Bemühungen um eine Regelung der Zypernfrage.

In der ersten Hälfte des Monats April 1991 stattete der sowjetische Aussenminister Bessmertnych Griechenland eine Visite ab. Es war dies nach langer Zeit der erste Besuch eines sowjetischen Aussenministers in Griechenland. Im Juni 1956 hatte Dimitrij Schepilow als erstes sowjetisches Regierungsmitglied seit 1917 Athen besucht. Jene Visite war allerdings als inoffiziell bezeichnet worden, während die Griechenlandmission Bessmertnychs auf offizielle Einladung Athens erfolgte. Die Gespräche Bessmertnychs in der hellenischen Kapitale standen im Zeichen einer griechisch-sowjetischen Annäherung nach einer längeren Zeit der Stagnation. Schepilows Besuch hatte trotz dem betonten sowjetischen Engagement jener Zeit zugunsten der Zypernpolitik Athens keine unmittelbaren handgreiflichen Ergebnisse in der Richtung einer engeren Gestaltung der Beziehungen der beiden Länder, gezeitigt. Erst 1978 kam es zum Besuch eines hellenischen Aussenministers in Moskau, als in jenem Jahr Georgios Rallis von Ministerpräsident Karamanlis dorthin entsandt wurde. Ein Jahr später reiste auch Karamanlis selber in die Sowjetunion. Die Griechenlandreise Bessmertnychs, um die sich Athen mit Blick auf die «Aufwertung» Ankaras in der Region bemüht hatte, endete mit dem Abschluss eines griechisch-sowjetischen Freundschaftspaktes. Doch in der Zypernfrage legte der sowjetische Gast Zurückhaltung an den Tag. Eine Zypernreise sagte er «vorerst» ab.

Ein Durchbruch zeichnet sich in der Zypernfrage im Augenblick noch nicht ab. Hinsichtlich sowohl des Territorial- als auch des Verfassungsaspektes bestehen nach wie vor erhebliche Meinungsdivergenzen zwischen den Griechisch- und den Türkischzyprioten. Ohne Begrabung des nationalen Hochmuts und der Arroganz beiderseits, ohne die Durchsetzung des Gedankens, dass Zypern die gemeinsame Heimat für die Griechisch- und die Türkischzyprioten sowie für die kleineren Gruppen und Minderheiten ist, werden diese Meinungsdivergenzen nicht überbrückt werden können. Das Ziel der Wieder-

annäherung der Kontrahenten scheint «utopisch». Doch haben uns nicht bestimmte Entwicklungen auf der internationalen Bühne gezeigt, dass unter Umständen auch «Utopien» realisiert werden können?

Pavlos Tzermias

[1] Näheres bei Pavlos Tzermias, Geschichte der Republik Zypern, Mit Berücksichtigung der historischen Entwicklung der Insel während der Jahrtausende, Francke Verlag, Tübingen 1991, XIV, 785 Seiten.

BRIEF AUS DEUTSCHLAND

Berlin – Bonn

Es ist unbehaglich geworden in Deutschland. In den westlichen Landesteilen verläuft, jedenfalls äusserlich, alles in gewohnten Geleisen. Die Arbeitnehmer erhalten 6 bis 7 Prozent Lohnsteigerung. Die jüngsten Wahlen in Rheinland-Pfalz haben veranschaulicht, dass die Deutschen zuverlässige Demokraten sind. Eine CDU-Landesregierung hat nach 40 Jahren ununterbrochener Herrschaft abgewirtschaftet, die ebenfalls von der CDU bestimmte Bundesregierung hatte in den letzten Monaten ihre gewohnte Entscheidungssicherheit verloren, die Bevölkerung wählte darum die Opposition. Stabilität wird als selbstverständliche Errungenschaft angesehen. Stabilität und Berechenbarkeit der Politik, Stabilität der Währung, auch wenn die Mark in den letzten beiden Monaten gegenüber dem Dollar 20 Prozent gefallen ist, Stabilität der Parteienlandschaft, Stabilität aller Lebensvollzüge. Die Deutschen streben keine grundlegenden Neuerungen an, wollen nicht, nun da sie wiedervereinigt sind, als grosse Macht auftreten und militärische Stärke demonstrieren, das hat die entschiedene Zurückhaltung der Regierung und Bevölkerung im Golfkrieg gezeigt. Auch sonst keine grossen Pläne, keine zum Träumen einladende Projekte. Die Menschen sind im grossen und ganzen zufrieden. 89 Prozent der Bewohner fühlen sich wohl, wo sie wohnen. 70 Prozent bejahen den liberalen, demokratischen Staat, in dem sie leben, und die geltende freizügige Lebensart. Die Gefühlslage der Nation ist von Harmoniebedürfnis bestimmt. Deutschland, heimelig Vaterland, kommentiert ein Meinungsforschungsinstitut. Glück im Winkel, die Idylle der Familie und Nachbarschaft, Leben im Grünen. Für die Umwelt sind fast drei Viertel der Bevölkerung bereit, Opfer auf sich zu nehmen. Das wird als die wichtigste Aufgabe der Zukunft empfunden, was freilich der in sich zerstrittenen Partei der Grünen keinen Wählerzulauf bringt.

Aber die Stimmung ändert sich, unmerklich im Ablauf der Zeit, aber im Ergebnis deutlich spürbar. Wie eine dunkle Gewitterwolke am noch fernen Horizont beginnen die Menschen in den alten Ländern das Hinzutreten der fünf neuen zu empfinden. *«Da haben wir uns ja was Schönes eingebrockt»*, wird mit etwas verworrener Schuldzu-

weisung gesagt. Nach den Berechnungen eines der östlichen Länderfinanzminister muss die Bundesrepublik Deutschland für die Dauer von zehn Jahren jedes Jahr 100 Milliarden Mark für die fünf neuen Länder aufbringen; das sind amerikanische Grössenordnungen. Wer soll das bezahlen, wird gefragt, und zwar nicht mehr wie bisher aus der wohl verständlichen Sorge vor Steuererhöhungen, sondern weil man sich nicht mehr vorstellen kann, wie es mit den wachsenden finanziellen Transfers weitergehen soll. Die Wirtschaft hat im Westen nicht zu klagen, die Wirtschaftsinstitute prognostizieren 2,5 bis 3 Prozent Wirtschaftswachstum, aber die Produktion in den Ländern der Ex-DDR stagniert; der erhoffte Aufschwung ist ausgeblieben. Nicht zuletzt, weil die Frage des Eigentums an beschlagnahmten ostdeutschen Grundstücken, Gebäuden, Fabriken nicht gelöst ist: Rückgabe vor Entschädigung, heisst die Formel des Einigungsvertrages, es sei denn, ist jetzt präzisiert worden, es stehen Arbeitsplätze auf dem Spiel. Aber noch herrscht über die Modalitäten keine Klarheit. Die Unklarheit aber hat die Bereitschaft zu Investitionen stark verringert.

Jetzt richten sich neue Erwartungen an die von CDU/CSU und SPD geschaffenen hochrangigen Kommissionen für ostdeutsche Wirtschaftsfragen, die freilich von unterschiedlichen Positionen ausgehen. Die einen vertrauen trotz der bisher enttäuschenden Ergebnisse auf rein privatwirtschaftliche Lösungen, die andern streben stärkere Steuerungen an. Beide wollen die Produktion ankurbeln, die wachsende Arbeitslosigkeit einschränken. Denn die Hälfte der Bevölkerung könnte in den nächsten Monaten von Erwerbslosigkeit betroffen sein, die die SED-Misswirtschaft verschuldet hat. Scharen von Arbeitnehmern werden von überflüssigen Scheinarbeitsplätzen entfernt und auf berufliche Abstellgleise verwiesen. Die Bundesbank bekundet Sorgen, die Geldmenge ist im Verhältnis zu den erwirtschafteten Erträgen zu hoch, eine zweite Erhöhung des Leitzinses darum nicht unmöglich. Die Gefahr von Wachstumseinbrüchen ist nicht von der Hand zu weisen.

Unrealistische Erwartungen – DDR-Nostalgie

Ein Gefühl uneingestandener, stummer Ratlosigkeit breitet sich aus. Das gilt nicht zuletzt für den Umgang zwischen «Bundis» und «Ossis», der zunehmend von Enttäuschung und Verbitterung bestimmt ist. Die aus dem Osten klagen über nicht eingehaltene Versprechungen, über mangelnde Hilfsbereitschaft, über die Hochnäsigkeit derer, denen es nicht nur besser geht, sondern die alles besser wissen, über die Zumutung, dass sie allein sich an alle Regeln des Westens anpassen sollen, ein analoges Entgegenkommen sei nicht zu spüren. Die im Westen rechnen auf, nicht selten mit schlechtem Gewissen: sie räumen natürlich ein, dass die vierzig Jahre lang so genannten *«Brüder und Schwestern»* nichts für ihr böses Schicksal können, aber, so unterstreichen sie trotzig, *«wir im Westen haben die Ärmel aufgekrempelt, zugepackt, hart gearbeitet, aufgebaut und es schliesslich zu etwas gebracht»*. Jetzt seien die anderen an der Reihe. Verständnis füreinander ist nicht weit verbreitet. Eher Unlust.

Das ist kein böser Wille, sondern Unvermögen infolge der objektiven Lage. Ich befand mich auf einer Tagung

in einem zum Hotel konvertierten alten Herrensitz in der Mark Brandenburg. Der an einem der stillen Seen gelegene Besitz atmet noch heute den Geist der Kaiserzeit. Bis zur Wende verfügte ein Mitglied des SED-Politbüros über das Besitztum, das inmitten eines grossen (noch heute mit Stacheldraht eingefriedeten) Parks gelegen ist. Das Interieur war danach. Stil fünfziger Jahre, bei ausgesucht schlechtem Geschmack. Resopal, wo man hinblickt. An der Wand hängen Bilder des sozialistischen Realismus, strahlende Bauernjungen und -mädchen bei der Ernte. Mein Appartement, Schlaf- und Arbeitszimmer umfasst über 60 Quadratmeter. *«Der Minister hat hier gewohnt.»* So werden mir die Zimmer angepriesen. Welcher Minister, erfahre ich nicht.

Ich fragte mich, wie unsere — natürlich unausgesprochene — Beurteilung des Hotels auf Personal und einheimische Tafelgäste wirkt. Gewiss haben sie sie gespürt und haben uns als arrogant bezeichnet, obwohl wir alles taten, uns nichts anmerken zu lassen. Ich habe es bemerkt, als ich um die Rechnung bat — in der Küche; eine Rezeption und Kasse gab es nicht. Die liebenswürdige Wirtschafterin blickte mich hilflos an, als ich die ausgefertigte Rechnung mitnehmen wollte. Sie enthielt sich höflich der Frage, wozu ich die Rechnung brauchte, aber sie hatte die Frage auf den Lippen. Schliesslich fertigte sie eine Kopie auf Blaupapier an. Als ich aber dann noch darum bat, sie solle meinen Namen darauf vermerken, vermochte sie ihre Verwunderung nicht mehr zu unterdrücken. Ich las in ihrem Gesicht: *«Der wird doch wissen, wie er selber heisst.»* Ihr Unverständnis ist leicht zu verstehen. Im Herrenhaus, in dem sie seit fast zehn Jahren arbeitet, wurden von Zeit zu Zeit DDR-Funktionäre oder Delegationen aus der Sowjetunion, Kuba und anderen verbündeten Ländern untergebracht. Die damit verbundenen Verwaltungsaufgaben, die alle zentralistisch bei den zuständigen Partei-Instanzen ressortierten, beherrschte die Wirtschafterin in Perfektion. Mit zahlenden Gästen aber war sie noch nicht vertraut. Wie sie stolpern viele Bewohner der neuen Länder über solche administrativen Klippen. In der DDR gab es keine Finanzämter wie in der Bundesrepublik, die Betriebe führten alle Abgaben en bloc an die Behörde ab. Es ist kein Wunder, dass sich die Menschen jetzt überfordert fühlen, wenn sie getrennt Steuern, Sozialversicherungsabgaben, Krankenkassen- und Gewerkschaftsbeiträge abrechnen sollen. Die Verunsicherung ist gross und für die Westler schwer nachzuvollziehen, die nur nach ihren eigenen Massgaben urteilen. Die Einheimischen leiden darunter, weil ihre Optik der Dinge nicht berücksichtigt wird.

Der Besucher aus dem Westen sieht zwangsläufig alles mit seinen Augen. Die abgestürzten Balkons an den Häusern in Neu Ruppin haben sich mir eingeprägt, unvergessen insbesondere der eine, auf dessen noch heiler Hälfte ein alter Mann in aller Ruhe seine Zeitung las. Beim Spaziergang durch die Stadt erkennt man Verbesserungen. Hier ist ein Geschäft mit modernen Kücheneinrichtungen zu besichtigen, dort ein buntes Langneseplakat. Das Grau in Grau wird dadurch aufgelockert und ist jetzt auffälliger als im früheren Einerlei. Die Westler merken, dass sie gefordert sind, aber wissen nicht recht, was sie tun sollen, sie fühlen sich darum ihrerseits verunsichert. Das tiefe Missverständnis gründet auf der Tatsache, dass die Menschen im Westen ihre Überlegen-

heit vorrangig aus der wirtschaftlichen Perspektive ableiten. Die im Osten hingegen streben zwar ihrerseits nach wirtschaftlicher Gleichstellung, nach Angleichung des Lebensstandards, aber ihre Argumente der Anklage und Selbstrechtfertigung sind anderer, gemüthafter Art. Sie möchten als Sachsen, Thüringer, Mecklenburger für voll genommen und nicht als arme Verwandte angesehen werden. Die Ungeduld ist gross; denn die Erwartungen waren unrealistisch hoch; was inzwischen geleistet worden ist, wird, obwohl es sich zum Teil durchaus sehen lassen kann, nicht gebührend anerkannt. Von einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird geredet, aber auf die Frage, was als erhaltenswert angesehen werde, ausser Tempo 100, der von manchen als vorbildhaft angesehenen Abtreibungsfreiheit und den Kindergärten, lautet die trotzige Antwort oft: es sei zwar schlimm gewesen unter Honecker, aber da hätten sie doch ihre Sicherheit und ihre Ruhe, ihren Arbeitsplatz und ihren schmalen Verdienst gehabt. Aus der Rückschau betrachtet der DDR-Lyriker Volker Braun in seinem Gedicht *«Das Eigentum»* das Land, das er das seine nennt:

Da bin ich noch: mein Land geht in den Westen.
KRIEG DEN HÜTTEN FRIEDEN DEN PALÄSTEN.
Ich selber habe ihm den Tritt versetzt.
Es wirft sich weg und seine magre Zierde.

Politische Ungeschicklichkeiten

Im Osten herrscht verbreitet Resignation, im Westen Gleichgültigkeit, ja Apathie. Die gleiche Ratlosigkeit in beiden Teilen Deutschlands, dem das Zusammenwachsen schwer fällt. Es ist, als ob die seelischen Anstrengungen der friedlichen Revolution von 1989 und der Wiedervereinigung von 1990 die Nation überfordert hätten. Gewiss kann man einwenden, dass beide Ereignisse den Deutschen zu gutem Teil fast ohne eigenes Zutun zugefallen sind, nachdem Gorbatschow dem Staatsratsvorsitzenden Honecker erklärte, die Sowjetunion werde im Falle von Unruhen nicht noch einmal mit militärischen Mitteln intervenieren. Dennoch haben sich in dieser kurzen Zeit zwei Ereignisse von historischer Dimension vollzogen, die die Zeitgenossen aus der Distanzlosigkeit der Gegenwart nicht als solche empfunden und gewertet haben. Die eigene Zeit erlebt man zwangsläufig unter der Perspektive der Normalität. Wie aussergewöhnlich jedoch diese Monate zwischen den Montagsdemonstrationen des Herbstes 89 und der Einheitswahl im Herbst 90 waren, wird erst den Nachfahren bewusst werden.

Auch die Parteien, von denen die Initiativen zum *«Zusammenwachsen dessen, was zusammengehört»* (Willy Brandt), erwartet wurden, waren wie ausgelaugt, unfähig zu einem kraftvollem Aufschwung. Helmut Kohl, der mit fehlerloser Gradlinigkeit den Weg der Einheit gegangen ist, verhedderte sich bald nach der nicht eben triumphalen Einheitswahl, ja beging gravierende professionelle Fehler. Am schlimmsten war das Beharren auf der überflüssigen «Steuerlüge». Die Deutschen hätten eine einheitsbedingte Steuererhöhung ohne Widerspruch akzeptiert, auch ein späteres Eingeständnis des Irrtums hingenommen. Jetzt aber gewannen sie den Eindruck, dass sie, wie der bezeichnende Ausdruck heisst, für dumm verkauft worden sind. Darauf

reagieren Wähler mit Missbilligung. Nicht genug damit, monatelang liess sich Kohl in den fünf neuen Ländern nicht sehen, musste dann bei dem längst überfälligen Besuch in Erfurt erleben, dass er, der deutsche Bundeskanzler, den Saal aus einem Hintereingang verlassen musste, um Misshelligkeiten zu vermeiden. Unerklärlicherweise bringt dann Kohl noch eine Nachfolgediskussion auf. Er erklärt ohne jeden Anlass, dass Bundesinnenminister Schäuble der geeignete Kronprinz wäre, obwohl dieser Kanzler gewiss auch nicht im Traum an Rücktritt und Nachfolge denkt. Das hat eine weitere Verunsicherung der Partei bewirkt. Dann ereigneten sich, kurz vor der Wahl in Rheinland-Pfalz, peinliche Ungenauigkeiten im Umgang mit den Konsumenten, erst sollten die Telephongebühren erhöht werden, dann wieder nicht, dann doch ein wenig. Am Abend der schmerzlichen Wahlniederlage in Mainz empfiehlt schliesslich Heiner Geissler, der einstige Generalsekretär, den Kohl vor zwei Jahren abgesetzt hatte, die CDU müsse sich selbst eine Kulturrevolution verordnen und eine «neue Strategie» suchen, hinter der man eine Wiederauflage der ihm teuren «multikulturellen Gesellschaft» vermuten kann. Die Partei, die eine Landtagswahl nach der anderen verloren hat, entbehrt eines scharfen Profils, ihr fehlen auch Nachwuchspolitiker. Alles in allem, die Wähler reagieren reifer als die Regierenden.

Der Zustand der anderen Volkspartei, der uneinigen SPD, ist nicht besser. Wohl hat man sich auf den angenehmen und gewiss anständigen schleswig-holsteinschen Ministerpräsidenten Engholm als neuen Parteivorsitzenden geeinigt, nachdem das enfant terrible der Partei, der saarländische Regierungschef Oskar Lafontaine, abgelehnt hatte, der wie Schäuble, wenn auch ohne bleibende Schäden, Opfer eines Attentats gewesen ist. Er wird hinter den Kulissen ein Rivale für übermorgen bleiben, der dem neuen Vorsitzenden das Leben sicherlich nicht einfach machen wird. Engholm war Minister unter Helmut Schmidt und hat ihn jetzt in den Kreis seiner Berater berufen. Die Gegensätze zwischen Linken und den Angehörigen der gemässigten Mitte, den radikalen und den liberalen Sozialisten wird die Partei weiter in Spannung halten. Im Bundesrat, der Vertretung der mittlerweile 16 Bundesländer, haben die Sozialdemokraten jetzt eine Mehrheit, was dem Vermittlungsausschuss eine verstärkte Bedeutung geben wird. Angesichts der politischen Herausforderung, die die fünf neuen Länder darstellen, hat sich die Parteiführung noch unter Vogel bereitgefunden, mit der Regierung in zwei Ausschüssen zusammenzuwirken, was den *«Economist»* zu der bissigen Bemerkung veranlasst hat, wenn sich die Verhältnisse in Ostdeutschland bessern, werde die Regierung das Lob dafür einkassieren, wenn nicht, so müssen die Sozialdemokraten den Tadel auf sich nehmen. Nach drei Bundestagswahl-Niederlagen müssten die Sozialdemokraten viel Elan aufbringen, um sich mit neuen Ideen und neuen Gesichtern als Alternative zu profilieren.

Im Westen lieber nichts Neues

Deutschland fehlt es an politischen Initiativen und politischen Alternativen. Die Volksparteien haben sich zu sehr angeglichen. Man erkennt nicht, wie sie im Kampf miteinander die Massen der Bevölkerung motivieren können, deren offen eingestandenes Ziel

darin besteht, dass alles so weiter geht wie bisher. Die Devise scheint, einem Leitartikel der *«ZEIT»* zufolge, zu lauten: Im Westen nur nichts Neues. Dies, nämlich keine Änderung, lässt sich aber angesichts des steten Wandels der Verhältnisse nicht durchsetzen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die politische Klasse über Volksentscheide und eine stärkere Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen diskutiert. Das könnte auch auf die Aktivität der Parteien einwirken. Den äusseren Anlass der Diskussion bildet der Einsatz von Bundeswehreinheiten ausserhalb des NATO-Gebietes, *out of area.* Bisher hat es die Bundesregierung verstanden, diesbezügliche Anmutungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen infolge der angeblich entgegenstehenden Grundgesetz-Artikel zurückzuweisen. Statt deutscher Blauhelme wurden Bundesgrenzschutz-Angehörige zur Überwachung der Wahlen nach Namibia entsandt. Für eine UN-Friedenstruppe in Mittelamerika wiederum wurde nichtmilitärisches Personal aufgestellt, obwohl die UN-Charta alle Mitgliedstaaten verpflichtet, dem *«Sicherheitsrat auf sein Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen».*

Der ehemalige Bundespräsident, Karl Carstens, von Haus aus Verfassungsrechtler, gehört zu denen, die ein solches Verbot im Grundgesetz nicht entdecken können; er setzt sich dennoch für eine Grundgesetzänderung ein, weil mehrere Bundesregierungen — absichtlich oder nicht — von der Annahme der Grundgesetzwidrigkeit ausgegangen sind. Es ist nun anlässlich des Golfkrieges argumentiert worden, dass Fragen dieser Relevanz, die Wohl und Wehe jeden Bürgers betreffen, von diesen selbst entschieden werden sollten. Eine Einfügung plebiszitärer Elemente würde eine Aktivierung der Bevölkerung und Dynamisierung der Politik bewirken.

Und wo soll die Hauptstadt sein?

Die Entscheidung über die Hauptstadt bzw. den Regierungssitz würde an Legitimität gewinnen, wenn die Bürger selbst sie treffen würden. Fragen dieses Typs würden nicht die — in Deutschland aus historischen Gründen sehr gefürchtete — Gefahr demagogischer und emotionalisierter Plebiszite heraufbeschwören, wie die Wiedereinführung der Todesstrafe oder «Ausländer-raus»-Forderungen. Die Bürger würden am politischen Prozess beteiligt. Tatsächlich aber wird gemäss dem Einigungsvertrag der Bundestag über die Alternative «Berlin oder Bonn» abstimmen. Wie sich die Stimmen verteilen werden, ist offen, auch nachdem Bundespräsident und Bundeskanzler sich eindeutig für Berlin ausgesprochen haben. Engholm kam hintendrein, unmittelbar nach Kohls Erklärung, mit einem Votum für Bonn.

Die Argumente für Bonn sind die der Bequemlichkeit, des kleinen Masses, der Provinzialität. Bonn hat sich in vierzig Jahren bewährt, Bonn liegt nahe Brüssel — NATO und EG —, Bonn repräsentiert die Hinneigung zum demokratischen Westen, das kleine gemütliche katholische Bonn, das zentralistische Tendenzen nicht aufkommen lässt, wird von den Nachbarn ohne Sorge betrachtet, Bonn erfordert schliesslich keinen kostspieligen Umzug, den die Tausende von Ministerialen, Beamten und ihre Familien verabscheuen wie der Teufel das Weihwasser.

Für Berlin spricht die Lage in Deutschland und in dem zusammenwachsenden Europa, das die Länder Osteuropas einschliessen soll. Berlin ist die legitime Hauptstadt, seit Deutschland sich als Nationalstaat versteht, auch wenn die Reichshauptstadt unter den verschiedenen politischen Regimes dieses Jahrhunderts — Kaiser Wilhelm II., der schwachen Weimarer Republik, Hitlers «Drittem Reich» und der stalinistischen DDR — keine glückliche Vergangenheit hatte. Berlin war vierzig Jahre lang immer wieder beschworene deutsche Hauptstadt, Bonn dagegen nur ein Provisorium. Für die fünf neuen Länder wäre die Hauptstadt Berlin eine Bestätigung, Bonn würde sie als Anschluss oder Übernahme empfinden. Berlin ist nicht nur die grösste Stadt Deutschlands, sondern auch eine Kulturmetropole, die Jahrzehntelang mit Paris und London rivalisieren konnte. Horst Krüger sagte dazu: *«Zwischen 1904 und 1934 war hier der Weltgeist, wenn nicht zu Hause, so doch ziemlich getreuer Dauergast. Und alles was an ihm jung und modern, progressiv und auch etwas frivol war, logierte rund um den Kurfürstendamm.»*

*

Wenn die Deutschen auf Berlin als repräsentative Hauptstadt verzichten, sind sie selber schuld.

Peter Coulmas